

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/38

Bonn, den 25. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Bildungspolitik für eine zukünftige Gesellschaft</u> Eine gewaltige Aufgabe wartet auf ihre Lösung Von Johannes Rau, MdL Nordrhein-Westfalen	95
3	<u>Griechenlands Nationalheld Mitilneos verhaftet</u> Sein Sohn wurde in Bonn mit Gegnern der Junta fotografiert...	47
4	<u>Was will de Gaulle wirklich?</u> Zu den britisch-französischen Spannungen Von Georg Scheuer, Paris	55

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Präsenz der Bundesrepublik in Berlin
Vorschläge zur Anerkennung zurückgewiesen
Die Deutschen geben sich nicht selbst auf
Ein offenes Wort zur 21. LAG-Novelle
Appell an die Länder wegen des Leistungsgesetzes
Verbesserungen auf Antrag von Niedersachsen
Neuer Pressereferent im Gesamtdeutschen Ministerium
Gesprächsofferten ohne Resonanz
180.000 ausländische Flüchtlinge
Mit Moskau und gegen Nowotny

Bildungspolitik für eine zukünftige Gesellschaft

Eine gewaltige Aufgabe wartet auf ihre Lösung

Von Johannes Rau MdL, Nordrhein-Westfalen

Wir können uns in der Bundesrepublik nicht darüber beklagen, daß es an Modellen, Plänen und Vorschlägen zur Reform unseres Bildungs- und Erziehungswesens mangelt. Es gibt wohl kaum eine gesellschaftliche Gruppe, die sich noch nicht zu diesem Thema geäußert hat. Diese Tatsache dürfte erheblich dazu beigetragen haben, daß Bildungsfragen im Bewußtsein der Öffentlichkeit eine immer stärker werdende Bedeutung erlangen. So ist festzustellen, daß sich allmählich die Erkenntnis durchsetzt, daß zwischen Bildungs- und Wissenschaftspolitik und der kulturellen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft ein enger Zusammenhang besteht.

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist diese Erkenntnis nicht neu. Schon 1956 hat sie auf dem Parteitag in München auf die gesellschaftlichen Folgen der "zweiten industriellen Revolution" hingewiesen. Seitdem ist die Diskussion intensiv fortgesetzt worden. Ihre Ergebnisse sind in den Entschlüssen der Parteitage nachzulesen. Auf zwei Veröffentlichungen der SPD sei an dieser Stelle besonders hingewiesen. Da ist einmal der 1959 vorgelegte "Plan Z - Die Zukunft meistern", der ausführlich die Situation von Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik analysiert und hinsichtlich des negativen Ergebnisses mit Nachdruck auf die zukunftsentscheidende Bedeutung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik aufmerksam macht und zum Handeln auffordert. Zweitens sind die "Bildungspolitischen Leitsätze der SPD" zu nennen, die 1964 vom Parteitag in Karlsruhe beschlossen wurden. Damit hatte die SPD als erste Partei ein bildungspolitisches Reformprogramm gegeben.

Wenn nunmehr von der SPD ein "Modell für ein demokratisches Bildungswesen" als Entwurf zur innerparteilichen und öffentlichen Diskussion gestellt wird, dann geschieht das nicht, um den unzähligen Reformplänen noch einen weiteren hinzuzufügen, sondern weil es notwendig ist, den vielen von Sonderinteressen bestimmten und kurzfristig ausgerichteten Vorschlägen ein zukunftsweisendes, das gesamte Bildungswesen umfassendes Konzept entgegenzustellen.

Das vom bildungspolitischen Ausschuß beim Vorstand der SPD erarbeitete Modell zielt darauf ab, die im deutschen Bildungssystem seit langem sichtbare Diskrepanz zwischen pädagogischen Einsichten und gesellschaftlichen Notwendigkeiten auf der einen und der ihnen entsprechenden organisatorischen Gestaltung auf der anderen Seite zu überwinden. Die Reform des Bildungswesens kann nicht auf partielle gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichtet werden, sondern sie muß so angelegt sein, daß das Bildungssystem sowohl dem Bildungsstreben des Einzelnen volle Entfaltung ermöglichen und zugleich die Ansprüche befriedigen kann, die das Gemeinwesen an Erziehung und Ausbildung seiner Bürger stellt. Die gegenwärtige Misere unseres Bildungswesens ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Reformen immer nur in Teilbereichen verwirklicht wurden, ohne daß eine Abstimmung mit den anderen Bereichen erfolgte.

Die im 18. und 19. Jahrhundert entstandenen Grundstrukturen unseres Bildungssystems sind weitgehend erhalten geblieben. Wenn aber

gerade diese Grundstrukturen nicht angetastet werden sollen, kommen alle noch so gut gemeinten Reformmaßnahmen einem Kurieren an den Symptomen gleich. Es muß gefragt werden, inwieweit unser gegenwärtiges Bildungssystem, das in vordemokratischer Zeit von ständischen Vorstellungen geprägt wurde, überhaupt mit den Prinzipien unserer Demokratie zu vereinbaren ist.

Dem "SPD-Modell für ein demokratisches Bildungswesen" liegen folgende Ziele zugrunde, die verwirklicht werden müssen, wenn das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Bildung keine leere Formel sein soll:

1. Erziehung zum mündigen Menschen;
2. Gleiche Bildungschancen für alle;
3. Mehr und bessere Bildung für jeden einzelnen durch Förderung seiner Anlagen bis zur vollen Entfaltung seiner Fähigkeiten.

Deshalb soll das gesamte Bildungssystem eine organisatorische Einheit bilden, dessen einzelne Elemente nicht mehr selbständig nebeneinander stehen, sondern in einem differenzierenden und integrierten Stufensystem aufgehoben werden, das vom Schulkindergarten, über Grundschule, Mittelstufe und Oberstufe bis zur Hochschule führt.

Die ersten Reaktionen der Öffentlichkeit auf das SPD-Modell lassen erkennen, daß die vorgeschlagene Richtung in weiten Kreisen der Bevölkerung Zustimmung findet. Jetzt kommt es darauf an, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Vorschläge zur schrittweisen Verwirklichung ihrer bildungspolitischen Vorstellungen erarbeitet. Wir wissen um die Langfristigkeit unseres Bildungsmodells, das nicht von heute auf morgen realisiert werden kann, wir werden aber in Bund, Ländern und Gemeinden alle politischen Möglichkeiten nutzen, um die Bildungsreform auf dem von uns vorgezeichneten Weg voranzutreiben.

Der Bildungspolitische Ausschuß beim Vorstand der SPD wird auf der Basis des Modells für ein demokratisches Bildungswesen die Beratung von Vorschlägen zur Lehrerbildung, Berufsausbildung und Erwachsenenbildung aufnehmen. Darüberhinaus werden koordinierte parlamentarische Initiativen für die SPD-Fraktion in Bund und Ländern vorbereitet, die auf eine stufenweise und zieladäquate Realisierung des sozialdemokratischen Plans ausgerichtet sind und dem ökonomischen Einsatz der zur Verfügung stehenden Finanzmittel besondere Aufmerksamkeit widmen.

"Erziehung und Bildung sind in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts zur Schicksalsfrage für die Selbstbehauptung des Menschen geworden. Der große Rückstand im Erziehungs- und Bildungswesens hat die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft alarmiert. Eine gewaltige Aufgabe wartet auf ihre Lösung." Dieses Zitat aus den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD von 1964 trifft heute (leider) noch genauso zu wie vor fünf Jahren. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ihre Kräfte auf diese Aufgabe konzentrieren, um sie der dringend notwendigen Lösung näherzubringen.

Griechenlands Nationalheld Mitilineos verhaftet

Sein Sohn wurde in Bonn mit Gegnern der Junta fotografiert...

sp - Die griechische Militärregierung hat das Ausland durch seine Taten daran gewöhnt, es als skrupelloses diktatorisches Regime betrachten zu müssen. Vor einigen Tagen wurde der vierte westliche Journalist des Landes verwiesen. Baldur Bockhoff, Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung" und der "Frankfurter Rundschau" in Athen, wurde wegen seiner objektiven Berichterstattung von den Obersten zur persona non grata erklärt und soll das Land bis Mittwoch verlassen. Mit seinen letzten Beiträgen - gemeint sind zwei Artikel, die in der Hamburger "Zeit" erschienen - hat er sogar die "Sicherheit des Landes verletzt". Die demokratischen Journalisten des Auslands haben somit keine Möglichkeit mehr, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Aber den griechischen Bürgern, die sich nicht mit dem Unrechtsstaat abfinden wollen, droht ein ungleich härteres Schicksal. Nun beginnt man, die Nationalhelden des griechischen Volkes zu verfolgen. Anfang Februar wurde Antonis Mitilineos verhaftet. Mitilineos ist einer der wenigen Helden der Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs, die überlebt haben. Am 22. September 1942 sprengte er zusammen mit drei Freunden das im Zentrum Athens gelegene Gebäude der griechischen Nazi-Organisation ESPO, die nach diesem Anschlag aufgelöst wurde. Alle vier wurden verhaftet und von einem deutschen Militärgericht zum Tode verurteilt. Mitilineos gelang es, kurz vor der Hinrichtung aus dem Gefängnis zu fliehen; seine Gefährten wurden erschossen. Sie waren, wie Mitilineos, Mitglieder der nationalen Widerstandsorganisation PEAN (Panhellenische Nationale Befreiungsbewegung der Jugend). Die Kommunistische Partei Griechenlands hat damals in einem Aufruf an die Bevölkerung, Ende September 1942 den Anschlag verurteilt und behauptet, er sei von der Gestapo inszeniert worden, ähnlich wie der Reichstagsbrand. Mitilineos war damals 21 Jahre alt. Er floh nach Kairo und kämpfte bis zum Ende des Krieges als Offizier in den exilgriechischen Streitkräften an der Seite der Alliierten an der italienischen Front. Nach dem Krieg wurde er mit der goldenen Medaille des Nationalen Widerstands ausgezeichnet. Während des kommunistischen Aufstands 1946-49 kämpfte er drei Jahre lang gegen die Kommunisten. Nach dem Krieg hat er sich nicht mehr politisch betätigt und war bis zu seiner Verhaftung Abteilungsleiter im staatlichen Telefon- und Telegraphenamt (OTE). Er nahm Verbindung mit dem Nachkriegsdeutschland auf und arbeitete in München mit Siemens zusammen.

Mitilineos befindet sich in Haft beim Athener Sicherheitsdienst und wird von dem Offizier Jennakakos ununterbrochen verhört. Nach letzten Informationen aus Athen besteht die Gefahr, daß er in das Dionysos-Lager in einem Vorort Athens gebracht wird, wo nach Berichten der Organisation Amnesty International Folterungen stattfinden.

Der Grund für die Verhaftung und Anklage Mitilineos ist die Tatsache, daß sein Sohn, Peter Mitilineos, bei einem Besuch in Bonn dort von Vertrauensleuten des Militärregimes bei einer Zusammenkunft von Gegnern der Militärjunta fotografiert wurde.

+ + +

Was will de Gaulle wirklich?

Von Georg Scheuer, Paris

Im Feuer der gegenseitigen Vorwürfe, Beschuldigungen und Dementis und in Erwartung einer eventuellen Veröffentlichung des britisch-französischen Geheimprotokoll in London oder Paris will man jetzt schon feststellen, daß General de Gaulle in dem Gespräch mit dem britischen Botschafter Christopher Soames tatsächlich seine seit vielen Jahren wiederholten Vorstellungen in entsprechender Form entwickelt hat. Paris und London streiten sich jetzt zwar über die Auslegung der Worte; man sollte darüber aber nicht das Wesentliche vergessen.

1. Freihandelszone statt EWG: De Gaulle betrachtet die EWG seit jeher mit Unbehagen. Sie entstand vor seiner Machtübernahme gegen seinen Willen und widerspricht seinem nationalen Konzept. Nachträglich mußte de Gaulle die EWG widerwillig akzeptieren, und er versuchte, sie für seine Zwecke umzubauen. Er stoppte so gut er konnte die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Gemeinsamen Marktes.

Ist in dieser Betrachtungsweise jetzt ein Wendepunkt eingetreten?

Frankreich könne sich nicht dauernd den Wünschen der anderen EWG-Partner widersetzen, erklärte Debré freimütig und fügte hinzu: "Dann muß man aber auch wissen, wohin der Weg geht und das erfordert lange Gespräche." In diesem Sinne ließ nur General de Gaulle über Soames anfragen, ob London zu entsprechenden "conversations ploratoires" (erforschenden Gesprächen) über die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven Europas bereit sei. Erwogen wird die Schaffung einer großen westeuropäischen Freihandelszone statt der gegenwärtigen EWG.

Die Idee ist nicht neu. De Gaulle äußerte sie mehrmals, aber mehr als Warnung oder Drohung für die EWG-Partner: Ein EWG-Beitritt Großbritanniens oder anderer Länder würde das Wesen des Gemeinsamen Marktes grundlegend ändern. Nun präsentiert der General die gleiche Perspektive im neuen Licht, nicht mehr als Drohung, sondern als Verheißung. London wird von Paris zu Sonderverhandlungen über dieses Thema eingeladen.

Wieweit es sich dabei für General de Gaulle schon um konkrete "Vorschläge" oder zunächst nur um allgemeine "Perspektiven" handelt, könnte man erst nach gründlicher Prüfung des Protokolls feststellen.

2. Absage an die NATO: Daß General de Gaulle eine Absage Großbritanniens und der anderen Westeuropäischen Partner an die NATO wünscht, ist keineswegs sensationell. Frankreich hat das NATO-Bündnis schon seit einiger Zeit verlassen und mehrmals zu verstehen gegeben, daß die anderen westeuropäischen Länder dem Beispiel folgen sollten. De Gaulles "europäisches Europa" liegt auf dieser altbekannten Linie.

3. Leadership: Mit Soames sprach de Gaulle von einem "führenden Vier-Mächte-Rat" (Frankreich, Großbritannien, Bundesrepublik und Italien), der die Geschicke der westeuropäischen Völker zu leiten hätte. Paris: "Von Direktorium ist keine Rede gewesen". De Gaulle hat seit eh und je einen ausgeprägten Sinn für Geltung und Hierarchie, für "Verantwortung der Großen". Ein jüngstes Beispiel für dieses Konzept findet man in seinem Nah-Ost-Plan, laut welchem der Frieden durch gemeinsames Einschreiten der vier Großmächte (USA, Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien) entstehen soll. - Zur wirklichen Debatte stehen nicht Gerüchte und Dementis, sondern tatsächliche Vorstellungen der gaullistischen Außenpolitik.